

Freitag, 04. November 2011 15:24 Uhr

URL: <http://www.wiesbadener-kurier.de/region/rheingau/eltville/11232557.htm>

WIESBADENER KURIER

ELTVILLE

Bundesrat will Bahn zu Lärmschutz verpflichten

07.10.2011 - RHEINGAU

Von Barbara Dietel

INITIATIVE Allgemeines Eisenbahngesetz soll geändert werden

. Mit einer Bundesratsinitiative will Hessen gemeinsam mit Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen die rechtlichen Voraussetzungen für verbesserten Lärmschutz an den hoch belasteten Schienenstrecken schaffen. Die erste Hürde haben die Länder genommen: Der Verkehrs- und der Umweltausschuss des Bundesrates empfehlen dem Bundesrat in seiner Sitzung am 14. Oktober das Allgemeine Eisenbahngesetz (AEG) zu ändern.

Rechtsgrundlage fehlt bisher

Bisher fehlt im AEG eine Rechtsgrundlage, um die Deutsche Bahn zum Lärm-, Erschütterungs- oder anderem Umweltschutz zu verpflichten. Eingefügt werden soll deshalb ein Absatz, der regelt, dass Eisenbahnaufsichtsbehörden gegenüber den Eisenbahnbahnen Anordnungen zum Schutz unter anderem vor Geräuschen, Erschütterungen und Luftverunreinigungen treffen können. Neu aufgenommen werden soll außerdem ein Passus, dass die Grundsätze eines lärmabhängigen Trassenpreissystems per Rechtsverordnung zu regeln sind. Einen Verordnungsentwurf habe der Bundesrat vor einem Jahr bereits beschlossen. Der Bund habe darauf jedoch nicht reagiert, sondern stattdessen im Juli dieses Jahres mit dem Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Bahn AG eine Eckpunktevereinbarung abgeschlossen, die die Grundsätze für die Einführung lärmabhängiger Trassenpreise festlegt. Deren Wirksamkeit und Rechtssicherheit sei jedoch zweifelhaft, heißt es in der Drucksache des Bundesrates.

Der CDU-Landtagsabgeordnete Peter Seyffardt und Karl Ottes in seiner Eigenschaft als Sprecher des Rheingau-Bundes gegen Bahnlärm, hoffen, dass nun mehr Bewegung in die Sache kommt. Gefragt seien jedoch auch die Abgeordneten auf der europäischen Ebene, so Ottes. Der zuständige EU-Abgeordnete Michael Gahler (CDU), den der Rheingau-Bund um Informationen über die Sache und seine Aktivitäten gebeten habe, habe jedoch noch immer nicht geantwortet.

Um auf die drängende Situation aufmerksam zu machen, sei ein Informationsabend mit zuständigen Regierungsmitgliedern aus Hessen und Rheinland-Pfalz geplant. Außerdem laufen bereits die Vorbereitungen für eine weitere Demonstration im Rheintal, die im kommenden Frühjahr stattfinden soll. „Bisher ist noch kein einziger Waggon umgerüstet“, kritisierte Ottes. Am 15. November will der Rheingau-Bund bei einem ein Treffen über die weiteren Schritte beraten.

Als Durchbruch feiert die Bürgerinitiative im Mittelrheintal gegen Umweltschäden durch die Bahn, dass die Deutsche Bahn mit 25 Partnern aus dem Eisenbahnsektor das Projekt Rivas (Railway Induced Vibration Abatement Solutions) angestoßen hat. Um die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit des Schienenverkehrs zu bewahren, habe sich Rivas zum Ziel gesetzt, Erschütterungen bis unter die menschliche Wahrnehmungsgrenze zu senken. Hoffnungsvoll stimmt die Rheingauer auch das Gerichtsgutachten, wonach der Betriebslärm der Bahnstrecke zwischen Hamm und Oberhausen die gesetzlichen Vorgaben der Verkehrslärmschutzverordnung um das Dreifache überschreitet. Damit zeichne sich erstmals ein Erfolg der Klagen auf Unterlassung von unzumutbarem Bahnlärm ab.

Der hessische Ministerpräsident Volker Bouffier hat unterdessen dem Vorsitzenden der BI, Willi Pusch, versprochen, dass er in den nächsten Tagen einen Brief an den Bahnchef Rüdiger Grube schicken will, wo er aktiven und passiven Lärmschutz und die Realisierung einer Neubaustrecke ansprechen wolle. Außerdem will Bouffier sich in einer der betroffenen Gemeinden ein persönliches Bild von der Situation verschaffen.



Die lärmabhängigen Trassenpreise sollen per Verordnung und nicht unter Mitwirkung der Bahn festgelegt werden. Foto: Archiv/Margielsky